Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag.** Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10** Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 22. **Freitag, den 8. Februar.** 1867

Landtag.

Das Herrenhaus beschäftigte sich in seiner Sitzung am 5. d. Mts. mit dem Entwurf des Genossenschaftsgesetzes. Sämmtliche Paragraphen des Genossenschaftsgesetzes bis einschließlich § 32 wurden in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen mit alleiniger Ausnahme des § 30, zu welchem ein Antrag der Kommission, der die Berufung der Generalversammlung auf Antrag des zehnten Theils der Mitglieder für nothwendig erklärt, angenommen wurde; der Gesetzentwurf muß also jedenfalls nochmals an das Abgeordnetenhaus zurückgehen.

64. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 5. d.

In dieser Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Anstellung von Justiz-Beamten der neuerworbenen Landestheile in den älteren Provinzen abgelehnt. — Nach Schluß der Sitzung traten die Handels- und die Finanz-Kommission zusammen, um über das Gesetz, betreffend die 24 Millionen-Anleihe für Eisenbahnzwecke, welches bekanntlich vom Herrenhause im § 6 modifizirt worden ist, nochmals zu berathen. Der Minister-Präsident Graf Bismarck wohnte der Berathung bei. — Die Fassung, welche das Herrenhaus dem § 6 gegeben, wurde abgelehnt, dagegen ein Amendement des Abg. v. Bonin angenommen, wonach aus dem § 6, wie er vom Abgeordnetenhause beschlossen worden ist, das Wort „Verpachtung“ gestrichen, die Beschränkung der Veräußerung der im Gesetze behandelten Bahnen aber beibehalten wurde. — Eine definitive Erklärung der Staatsregierung gab der Ministerpräsident hierüber nicht ab, erklärte aber, daß er persönlich nichts dagegen einzuwenden habe.

In der Abendsitzung, welche um 7¼ Uhr eröffnet wurde, erstattete der Abg. Michaelis (Stettin) im Namen beider Kommissionen mündlichen Bericht; die neue Fassung des § 6, welche er dem Hause zur Annahme empfahl, lautet:

„§ 6. Jede Verfügung der Staatsregierung über die im § 1 sub. Nr. 1—8 bezeichneten Eisenbahnen resp. Eisenbahntheile durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages.“

Mit dieser Modifikation beantragte der Berichterstatter, dem Gesetzentwurfe zuzustimmen; er motivirte diesen Antrag und wies dabei namentlich den vom Ministerpräsidenten gegen das Abgeordnetenhaus erhobenen Vorwurf zurück, daß dasselbe einen neuen Konflikt heraufzubeschwören suche. Der Handelsminister Graf Itzenplitz gab darauf im Namen der Staatsregierung die Erklärung ab, daß sie in der neuen Fassung des § 6 die Anwendung desselben Prinzips erblicke, mit welchem sie sich bereits bei dem Gesetzentwurf betr. die Zinsgarantie für die Köslin-Danziger Bahn einverstanden erklärt und welches auch schon die Genehmigung beider Häuser erhalten habe, und daß sie daher mit jener Fassung einverstanden sei. Es meldet sich Niemand weiter zum Worte, worauf der § 6 in der neu formulirten Fassung und darauf der so modifizirte Gesetzentwurf gegen wenige Stimmen angenommen wurde; derselbe geht nunmehr zum zweiten Mal an das Herrenhaus.

Zur Situation.

Die Konferenzen über den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes in Berlin sollen, wie mehrfach versichert wird, zwar noch im Laufe dieser Woche ihr Ende erreichen; indessen scheint darüber noch nichts festzustehen, und wenn die nahe Eröffnung des Parlaments nicht einen gewissen Druck übte, so würde sie sich ohne Zweifel noch länger hinziehen. Der „Weserztg.“ wird darüber von hier geschrieben: „Die Langlebigkeit der Konferenzen scheint allen Vorhersagungen Trotz bieten zu wollen. Ueber die militärischen Detailfragen soll bereits Anfang der Woche eine Einigung erfolgt sein, nachdem in einer Konferenz der Hrn. v. Bismarck, v. Roon und v. Savigny mit dem Könige über die Stellung Preußens definitiv Beschluß gefaßt worden war; die auf die einheitliche Organisation der Handels- und Kriegsmarine bezüglichen Bestimmungen sind wohl ebenfalls erledigt. Von einer vorgängigen Fixirung der Normaleinnahmen des Marine-Etats hat bis jetzt noch nichts verlautet. Auf die Schwierigkeiten einer solchen Feststellung ist zum Oefteren aufmerksam gemacht. Voraussichtlich wird der Reichstag gerade auf dem Gebiete des Flotten-Extraordinariums Waffen genug finden, sein unbestrittenes Bewillungsrecht in einer der Ausdehnung seiner Kompetenz förderlichen Weise geltend zu machen. — Bei der Berathung der 60 Millionen-Anleihe hatte der Finanzminister erwähnt, in Zukunft würden auch die neuerworbenen Provinzen einen auf beiläufig 10 Millionen normirten Beitrag zum Staatsschatze zu leisten haben; zugleich wurde auch die Erweiterung des preußischen zu einem norddeutschen Kriegsschatze in Aussicht gestellt. Es ist selbstverständlich, daß solche Pläne zu ihrer Ausführung einer neuen gesetzlichen Bestimmung der erweiterten preußischen Vertretung oder eventuell des norddentschen Parlaments bedürfen. Ob der Umstand, daß der den Bevollmächtigten vorgelegte Entwurf keine darauf bezügliche Bestimmung enthält, ein Aufgeben der erwähnten Absichten in sich schließt, läßt sich nicht übersehen. — In Betreff der Vertretung der verbündeten Regierungen während der bevorstehenden Reichstagssession ist an dieser Stelle betont, daß die betreffenden diplomatischen oder fachmännischen Vertreter nicht an dem Preußen durch das Protokoll vom 21. Januar zugestandenen Rechte, die Verhandlungen des Reichstages zu leiten, partizipiren sollen. Es ist das unsere Ansicht nach der entscheidende Punkt. Andernfalls würde auch die Auffassung, welcher wir in unterrichteten Kreisen mehrfach begegnet sind, der zufolge das Protokoll vom 21. Januar Preußen eine Art Diktatur übertragen habe, jeder Berechtigung entbehren.“

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat dem preußischen Kabinet angezeigt, daß sie die Publikation über die Feststellung des 24. Februar als Eröffnungstermin für den norddeutschen Reichstag verfügen werde und von der Regierung des Herzogsthums Sachsen-Meiningen ist die Anzeige eingegangen, daß in dem dortigen Regierungsblatt diese Publikation bereits erfolgt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin. In der „Anklamer Ztg.“ wird ein Brief des Grafen Schwerin-Putzar an das Wahlcomité im Anklam-Demminer Kreise, (in welchem übrigens, wie aus dem Schreiben hervorgeht, die Landräthe sehr gegen die Wahl des Grafen Schwerin agitiren) veröffentlicht, in dem er sich über seine Aufgabe wie folgt ausspricht. Nach der einen Seite — sagt er — Unterstützung der Bestrebungen der Regierung, unter Führung Preußens Deutschland, und zwar zunächst Norddeutschland, staatlich zu einigen und zwar so, daß der Regierungsgewalt die Mittel nicht vorenthalten werden, den so begründeten neuen Bundesstaat in seiner Macht und Einheit nach Außen und im Innern zu vertreten; nach der andern Seite: Sorge, daß die in Preußen bereits begonnenen verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten nicht verloren oder geschmälert werden, daß es nicht den rückwärts strebenden Elementen in unserem Staate gelingt, die Staatsregierung auf Bahnen zu drängen, die ich, nach wie vor, für König und Vaterland für verderblich halte. Zur Zeit ist der Verfassungsentwurf, den die Staatsregierung, nachdem sie sich mit ihren Bundesgenossen geeinigt haben wird, dem Parlamente vorlegen will, noch nicht bekannt, und daher auch jede Kritik über einzelne Bestimmungen, die er etwa enthalten möchte, unzeitig und verfrüht. Alles, was man darüber sagen könnte, würde kaum über das Gebiet der Phrase oder Conjectur hinausgehen können.

— Preußen hat noch keine definitive Erwiederung auf die von den Bundes-Regierungen vorgelegten Amendements wegen der Militair-Verhältnisse ertheilt. Diese Erwiederung soll in der Conferenz-Sitzung zu erwarten sein. Eine Verständigung durch transitorische Bestimmungen wird keineswegs bezweifelt.

— Die „Zeidl. Corr.“ erklärt sich bereits heute für Auflösung des jetzigen Abgeordnenhauses und zwar weil von demselben in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht zu erwarten sei, daß es den Bundesverfassungsentwurf richtig behandeln würde. Die „Zeidl. Corr.“ scheint mit Sicherheit auf überwiegende conservative Parlamentswahlen und somit auf unveränderte Annahme des Regierungs-Entwurfs zu rechnen.

— Die erneuerte Nachricht eines hiesigen Blattes von dem Uebertritt des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg in einen Gasandtschaftsposten ist, wie die „Krenzztg.“ hört, völlig grundlos.

— Ueber den Verbleib von einigen Hundert Mannschaften aus dem letzten Feldzuge ist trotz der sorgfältigsten Nachforschungen der Sanitätsbehörden keine Auskunft zu erlangen gewesen und sie werden also wohl verschollen bleiben. Wahrscheinlich sind sie entweder in den Kornfelder nicht aufzufinden gewesen, oder sie haben, weil ausgeraubt, wegen Mangel an Uniformstücken nicht recognoscirt werden können, oder sie sind als uncontrolirte Choleraleichen verschwunden.

— Die „Provinzial-Corresp.“ sagt: Die Gebiete Kurhessens, Nassaus und Frankfurts werden demnächst in die Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden getheilt. Die Provinzialverbände werden erst nach vollständiger Verwaltungseintheilung Hannovers und der Elbherzogthümer gebildet.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: Der Herr Ministerpräsident hat dem Herrenhause bei der Debatte, welche sich auf den Gesetzentwurf über den Druck von Reden im Reichstage des Norddeutschen Bundes bezog, Worte gesprochen, welchen wir eine politische Bedeutung beilegen müssen. Es handelte sich hauptsächlich darum, daß die Abgeordneten des Parlaments sich auch in ihren Reden der Verantwortlichkeit vor dem Gesetze bewußt bleiben, wenn diese Reden im Druck erscheinen. Die Glieder des Norddeutschen Bundes werden aus der Entwickelung des Herrn Ministerpräsidenten ersehen, daß die preußische Regierung nicht daran denkt, den Forderungen der Revolution ohne Weiteres sich zu unterwerfen, wie dies im Jahre 1848 von liberaler Seite geschah. Die Norddeutschen Regierungen werden also auf den Schutz Preußens zu rechnen haben, und erfahren, daß Preußen auf die Anschauungen erregter parlamentarischer Persönlichkeiten einen mildernden, beruhigenden Einfluß auszuüben vermag. Von einer Unterstützung der revolutionairen Partei, von einer Förderung oder Begünstigung ihrer Agitationen gegen Bundesglieder durch Preußen wird also nicht die Rede sein.

Hannover. Die Junker entwickeln die größte Rührigkeit bei der Wahlagition, sie sind nicht nur selbst persönlich in allen Dörfern ihrer Nachbarschaft thätig, sondern schicken auch ihre Verwalter, Hauslehrer, Jäger ꝛc. aus, um die Banern für die partikularistischen Kandidaten zu gewinnen. Der suspendirte Ober-Appellations-Rath v. Leuthe, der von der partikularistischen Partei neu vorgeschlagen war, hat die Annahme eines Mandats abgelelehnt. — Nach Minden gebracht ist der Pastor Nikolasse aus Fischerhunde im Landdrosteibezirk Stade, weil er die Proklamationen König Georgs verbreitet haben soll. Der Pastor Grote in einem Hildesheimschen Dorfe ist von seinem Amte suspendirt, weil er auf der Kanzel Preußen geschmäht hat. Mit der Gemeinde lebte er schon seit längerer Zeit im Konflikt, was diese veranlaßte, in einer Eingabe an das Gouvernement um dessen Versetzung einzukommen, wobei sie seine agitatorische Thätigkeit ebenfalls als Motiv geltend machte. Der Legationsrath Rudloff, der bis zum Spätherbst bei dem König Georg in Hietzing verweilte und mehrere Denkschriften gegen die Einverleibung verfaßte, dann hierher zurückkehrte und auf Wartegeld gesetzt wurde, hat den Befehl erhalten seinen Wohnort in die altpreußischen Provinzen zu verlegen. Rudloff hat gegen diese Verfügung Vorstellung bei dem Gouvernement erhoben.

Oesterreich. In den slavischen Provinzen ist man gegen die Regierung nicht wenig aufgebracht; es wird ihr der Vorwurf gemacht, sie segele so entschieden im ungarischen Fahrwasser, daß darüber der österreichische Standpunkt, verloren zu gehen drohe. Die Czechen namentlich fürchten, daß sich aus dem außerordentlichen Reichsrath zuletzt doch ein Körper mit dem Attribute entscheidender Beschlußfassung rücksichtlich der Konstituirung der cisleithanischen Länder entwickeln werde, zumal die Siebenundsechsziger Kommission zu

Pest unverwandt in dualistischer Richtung arbeitet. Einem ungarischen Ministerium wird von ihr ein nichtungarisches Ministerium, der Delegation der einen Reichshälfte die Delegation der anderen Reichshälfte gegenübergestellt; ein dreieiniges Königreich, von welchem die Kroaten, die Länder der böhmischen Krone, von welchen die Czechen träumen, existiren für die Kommission nicht. Bereits drohen die czechischen Blätter, daß die „Nation" nicht mitthun werde, wenn die definitive Entscheidung im Sinne der von der Siebenundsechsziger Kommission gefaßten Beschlüsse ausfallen würde. — In sonst gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß im Falle die Zollverhandlungen mit Preußen kein günstiges Resultat erzielen und dasselbe bei seinem Widerstande gegen die von Oesterreich beantragte Herabsetzung der Weinzölle beharren sollte, letzteres lieber auf den ganzen Handelsvertrag verzichten, ja vielleicht sogar den Aprilvertrag (vom 12. April 1865) kündigen würde, wodurch dann Preußen und mit ihm der ganze Zollverein das Recht der meistbegünstigten Nation verlieren würden; dann genössen Frankreich, England und Italien Zollbegünstungen (Differentialzölle), wodurch manche preußische Industriezweige wesentlich beeinträchtigt werden würden. So hätten z. B. im Falle der Kündigung des Aprilvertrages die Krefelder Artikel bei der Einfuhr in Osterreich den allgemeinen Zollsatz per Centner Seidenwaaren mit 262 Fl. 50 Kr. zu entrichten, während der Begünstigungszoll vom 1. März ab 125 Fl. betragen wird, zu welchem ermäßigten Zolle dann nur die Seidenwaaren derjenigen Länder zugelassen werden würden, mit welchem wir einen Handelsvertrag haben. Der Staatsminister Graf Belcredi hat seine Entlassung eingereicht, so melden übereinstimmend die „Presse" und die „Debatte"; nach der ersteren ist die Entlassung bereits vom Kaiser angenommen worden; nach der letzteren ist die Entscheidung des Kaisers noch nicht ergangen. Die „Presse" bemerkt weiter: Die Minister von Komers (Justiz) und v. Wüllerstorff (Handel) sehen gleichfalls ihrer Enthebung entgegen. Doch werden alle diese Herren bis zur Ernennung ihrer Nachfolger, welche wohl erst nach Eröffnung der Landtage und Klarstellung der Parteiverhältnisse erfolgen dürfte, noch im Amte verbleiben. Das Gerücht von der Berufung des Fürsten Carlos Auersperg zum Präsidenten des Reichsministeriums und des Herrn von Kellersperg zum Verwaltungsminister entbehrt daher aller Wahrscheinlichkeit nach der Begründung.

— Die Börse beantwortete die Nachricht von dem Ausscheiden Belcredis mit einer großen Hausse. Sie erblickt darin eine günstige Vorbedeutung für die Lösung der inneren Wirren, und die auswärtigen Börsen scheinen der gleichen Ansicht zu sein. Ueberraschen kann diese Nachricht wohl Niemand, denn nach dem totalen Fiasko, welches die Politik des Staatsministers erlebte, war es für Jedermann klar, daß derselbe nicht länger mehr auf seinem Posten bleiben konnte; für denjenigen aber, der Gelegenheit hatte, hinter die Koulissen zu sehen, war es schon lange kein Geheimniß mehr, daß neben Beust kein Platz für Belcredi sei. Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen schon vor Monaten Andeutungen in dieser Richtung machte. Die offiziösen Federn, welche früher Schmerling und darauf Belcredi mit derselben Hingebung und Ueberzeugungstreue gedient haben und morgen schon vielleicht dem Fürsten Carlos Auersperg Weihrauch streuen werden, haben viel von der im Schooß des Kabinets herrschenden Einigkeit geschrieben. Diese Einigkeit hat aber in Wahrheit niemals bestanden. Beust und Belcredi waren natürliche Gegner, und diejenigen haben sehr richtig geurtheilt, welche voraussagten, daß Einer von Beiden den Platz räumen müsse. Der Minister des Aeußern hat, das muß selbst sein erbittertster Gegner zugeben, die Intrigue meisterhaft durchgeführt. Er versicherte sich zunächst der Unterstützung der ungarischen Staatsmänner, stellte sich darauf mit den Führern der Centralisten oder eigentlich jetzt gemäßigten Dualisten und Autonomisten auf guten Fuß und führte dann den vernichtenden Schlag, den Graf Belcredi nicht zu pariren vermochte, zumal er ihn unvorbereitet traf.

Frankreich. Die angekündigte Broschüre des Grafen Charles de Laguerronniére ist, schon im Druck fertig, auf mindestens offiziöse Veranlassung zurückgezogen worden. Aus der nachstehenden kurzen Angabe des Inhalts wird man ersehen, was die Regierung nicht veröffentlicht sehen wollte. Das Schriftchen führte den Titel „la Prusse et l'Europe" und folgende Motto's: „Die Achtung vor Verträgen ist ein schwaches Band für die Ehrgeizigen." (Tacitus.) „Man muß daran denken, das Volk zu erleuchten, nicht ihm die Augen zu blenden." (Cicero.) Am Eingang hält der Verfasser Herrn Thiers eine Lobrede wegen der in der letzten Session des gesetzgebenden Körpers bekundeten Voraussicht in Bezug auf die politischen Ereignisse jenseits des Rheins im Jahre 1866. Die Die Divinationsgabe des Redners wird als bisher unerreicht dargestellt. Darauf wird die Rolle hervorgehoben, welche Fürst Talleyrand bei den Verhandlungen des Wiener Kongresses 1815 gespielt, um den Ehrgeiz Preußens zu bekämpfen. „Die Minister und Botschafter der damaligen Regierung empfingen nicht das Große Band des Schwarzen Adler-Ordens als Zeichen der Zufriedenheit des Berliner Kabinets. Dafür hat ihnen die Geschichte den Ruhm und die Anerkennung der Nation gewidmet". Die Verträge von 1815 hatten nach der Broschüre Frankreich eine viel weniger schlimme Stellung gegeben, als es durch die Siege der Preußen im Jahre 1866 erlangt hat, welche nur in Folge des durch Vermittelung der Tuilerien zum Abschluß gelangten Bündnisses mit Italien errungen wurden. Der Trumpf von Sadowo und die Maßregeln, welche die Geschicklichkeit und der Ehrgeiz des Grafen von Bismarck später getroffen, lassen Preußen stolz auf die Gegenwart und furchtbar für die Zukunft erscheinen. Preußen ist nicht mehr jenes lang hingezogene Band, welches vieldurchbrochen von den Grenzen Rußlands bis zu denen Frankreichs sich ausdehnte. Durch die mittelbaren und unmittelbaren Annexionen ist Preußen das in ein Lager verwandelte an unsern Thoren sich konstituirende Deutschland. Herr v. Bismarck hat bei der Vertheilung der Kompensationen Frankreich nicht bedacht, sogar eine bescheidene Regulirung unserer Grenzen verweigert. Weiter betont Herr de Laguerronniére die Unterstützung, welche Herr v. Bismarck entgegen den französischen Interessen bei der Pariser Presse gefunden; diese haben in Deutschland wie früher in Italien der gewaltthätigsten Politik das Wort geredet. „Siécle" „Opinion nationale" „Aveuir national", „Débats", alle diese Blätte, welche eine für Herrn v. Bismarck so günstige Diversion gemacht haben, werden am Tage, wenn die traurige Wahrheit sich entschleiert, sich demüthigen müssen vor den wohlverdientesten Vorwürfen. Doch wehe! Das Unglück wird dann geschehen sein! Wann und wie wird man ihm abhelfen können?"

Großbritannien. Am 5. hat die feierliche Eröffnung des Parlaments stattgefunden. Die Thronrede bespricht zunächst die Beziehungen Englands zum Auslande nnd erklärt, daß dieselben einen durchaus befriedigenden Charakter haben. Die Beendigung des preußisch-österreichisch-italienischen Krieges werde hoffentlich einen dauernden Frieden in Europa zur Folge haben. Zur Schlichtung der Differenzen zwischen England und Amerika seien Vorschläge gemacht, von denen eine befriedigende Lösung dieser Angelegenheit erwartet werden dürfe. Die Fortdauer des spanisch-chilenischen Krieges, in welchem England und Frankreich eine erfolglose Vermittelung versucht haben, wird alsdann mit Bedauern erwähnt. Was die Beziehungen der türkischen Regiernng zu deren christlichen Unterthanen angebe, so seien England und Frankreich bis jetzt ohne direkte Einmischung bemüht gewesen, diese Beziehungen zu verbessern, ohne dabei die Rechte des Sultans zu beeinträchtigen. Die Verhandlungen in Betreff der Stellung des Fürsten Karl von Rumänien seien zu einem befriedigenden Abschlusse gekommen. — Die Thronrede wendet sich alsdann zu den inneren Verhältnissen und spricht in Betreff Irlands die Hoffnung aus, daß daselbst die Ruhe bald vollkommen wieder hergestellt sein werde, ohne daß die Aufrechterhaltung von Ausnahmezuständen nothwendig bleibe.

Die bevorstehende Einbringung einer Reformbill hat in der Rede keine direkte Erwähnung gefunden; es wird nur darauf hingewiesen, daß die Aufmerksamkeit des Parlaments anf einige nothwendige Wahlreformen gelenkt werden würde. Endlich werden mehrere Gesetzvorlagen verheißen, welche sich auf die Regelung der Arbeiterverhältnisse, der Handelsmarine, der Eisenbahnen, der Armenfrage und der irischen Angelegenheiten beziehen; auch eine Aenderung der Bankerut-Gesetze wird in Aussicht gestellt.

Italien. Der Gesetzentwurf über die Freiheit der katholischen Kirche und über die Kirchengüter wird von hiesigen Blättern mit großer Zurückhaltung behandelt; eine eigentliche Polemik ist darüber bis jetzt nur vom „Diritto" eröffnet worden; aber auch dieses Blatt drückt sich sehr verhüllt aus und hält sich nur an ganz allgemeine Betrachtungen. Die sonst sehr ministerielle Mailänder „Perseveranza" erklärt sich dagegen offen gegen den Entwurf, in welchem sie weder die Freiheit der Kirche, noch einen finanziellen Vortheil entdecken kann. Der „Pungolo" von Mailand, der sich sonst sehr unabhängig bewegt, hält sein Urtheil zurück. Auch die sonst sehr scharf dem Klerus gegenüberstehende „Gazzetta di Milano" scheint in ihrem Urtheil zu schwanken. Bei dieser Unsicherheit in der Haltung der Tagespresse hat sich auch beim Publikum noch kein definitives Urtheil festgesetzt, und herrscht eine große Ungewißheit über das schließliche Schicksal der Vorlage, wie auch deren wahre Bedeutung noch nicht recht begriffen wird. — Aus Rom schreibt man, daß die Mission Tonellos selbst jetzt noch, wo man sie schon ganz geborgen glaubt, doch noch nahe daran sei, zu scheitern. Nachdem man prinzipiell über die Wiederbesetzung von 64 vakanten Bischofssitzen sich geeinigt, hatte der Papst selbst das Verlangen gestellt, der König möge ihm geeignete Kleriker für die erledigten Stellen vorschlagen. Staatsrath Mauri war in der That mit der betreffenden Namensliste in Rom eingetroffen und Alles schien glücklich eingeleitet zu sein, als plötzlich der Papst erklärte, keine einzige der ihm vorgeschlagenen Personen annehmen zu können. Dieses Benehmen der römischen Kurie erschien fast als eine Verhöhnung der königlichen Regierung, und die Stellung Tonellos drohte nun sehr schwierig zu werden; doch scheint man wieder einzulenken und es dürfte in Rom nichts beschlossen werden, ehe man nicht das Schicksal der Regierungsvorlage in Betreff der Kirchengüter kennt. — Der „Diritto" hat ein Cirkular des Hauses Langrand-Dumonceau veröffentlicht, worin die Theilnehmer dieser Bank aufgefordert werden, die Fonds zu der projektirten Finanz-Operation, welche einen sehr reichen Gewinn verspreche, zu beschaffen. In diesem Rundschreiben wird gesagt, daß der Vertrag mit der italienischen Regierung in Folge von Unterhandlungen mit Florenz, Rom und den italienischen Bischöfen vereinbart worden sei. Diese Behauptung steht im Widerspruch mit der Erklärung des „Giornale di Roma", daß eine Zustimmung des Papstes zu dem Projekte nicht erfolgt sei. Man will jedoch darin einen neuen Grund für die Auffassung finden, daß Erklärung des offiziellen römischen Blattes keine aufrichtige sei und eine Reservatio mentalis enthalte. Man versichert, daß der Bischof von Verona und der Patriarch von Venedig dem Projekte sehr günstig gesinnt seien und dem Papste dringend empfohlen hätten, demselben seine Genehmigung zu ertheilen.

Provinzielles.

Pillau, 5. Febr. Am 23. v. Mts. war hier eine Commission unter Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten versammelt, welche denn endlich die Verbindung der Eisenbahn mit dem Hafen ermöglicht zu haben scheint. Es soll nämlich am inneren Hafen längs des westl. Ufers ein oder zwei Stränge von der Eisenbahn ab bis zum Lootsenhafen geführt und an diesen die zur Zollabfertigung nothwendigen Einrichtungen getroffen werden. Dazu wird zwar eine Eindämmung des Hafens auf der westlichen Seite nothwendig, indessen soll auf der südöstlichen Seite, am russischen Damm, eben so viel und noch mehr ausgebaggert und der Hafen auf diese Weise erweitert werden. Es soll ferner für die Sicherheit des Hafens in der Art gesorgt werden, daß durch die Veränderung der Moole an seiner Ausmündung in das Haff die aus der See einströmende Schwellung von ihm abgehalten wird und die Schiffe mit Sicherheit liegen können. Von diesen Einrichtungen werden die Wasserbauten vom Handelsministerium, die Schuppen für die Zollabfertigung vom Finanzministerium und die eigentlichen Eisenbahnbauten von der Südbahn ausgeführt werden, und es handelt sich nur noch um die Bewilligung der nöthigen Gelder zu den projektirten Bauten. Wir waren sonst gewohnt, derartige Nachrichten zuerst aus der Hartungschen Zeitung zu erhalten, indessen hat diese bis jetzt hartnäckig geschwiegen. Es ist das um so wunderbarer, als Mitglieder des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft an den Berathungen Theil genommen haben, und die Beschlüsse der Kommission nicht nach ihrem Wunsche ausgefallen sein sollen.

Lokales.

— **Ordentliche Stadtverordneten-Sitzung am 6. d. Mts.** Vorsitzender Herr Kroll, im Ganzen anwesend 23 Mitglieder. Vom Magistrat Herr Stadtrath Joseph.

Auf das Petitum der Vers. daß künftig der Weihnachtsmarkt 3—4 Tage vor dem Weinachtsfeste statthaben möchte, erwidert der Magistrat, daß er den Wünschen der Vers. gern die möglichste Gewährung werde angedeihen lassen, jedoch anderseits außer Stande sei, eine für die Dauer zusichernde Erklärung abzugeben. Der Polizei-Verwaltung müsse die diesfällige Entschließung nach Maßgabe der Umstände umsomehr vorbehalten bleiben, als es sich hier um eine Ausnahme von den bestehenden durch die Marktordnung bestimmten Verhältnissen handle. Die Vers. nimmt von der Mittheilung Kenntniß. — Der Magistrat theilt der Versammlung mit, daß der Tuchmacher, jetzt Makler Herr H. Wunsch am 14. d. Mts., sowie der Fleischermeister (zeitiger Besitzer von Weißhoff), Herr Joh. Andr. Krause am 18. März d. J. sein fünfzigjähriges Bürger-Jubiläum feiert. — Im Licitations-Termin am 28. v. Mts. hatte für die Weichselfischerei bei Schmoln auf 1 Jahr vom 1. April a. c. ab der Fischer Jacob Pozneiski nebst 2 Genossen 3 Thlr., — Herr Abraham Elkan im Licitations-Termine a. 29. v. Mts. für die Erhebung der Ufer- und Pfahlgelder für dieses Jahr 2267 Thlr. Pacht geboten. Die Vers. ertheilt beiden Pachtgeboten den Zuschlag. — Auf den vom Magistrate und der Schuldeputation befürworteten Antrag des Herrn Direktor Dr. Prowe werden 50 Thlr. zur Beschaffung von Turngeräthschaften für den Turnsaal der Mädchenschulen bewilligt. — Der Magistrat zeigt der Vers. an, daß der ehemalige Krankenwärter Splittstößer als Hilfsexekutor angestellt worden ist. — Den Entwurf eines Kontraktes, welchen der Magistrat mit dem Besitzer der Rathsbuchdruckerei abzuschließen beabsichtige, lehnte die Vers. ab, obschon, wie der Herr Magistratsvertreter, die Herren Dr. Bergenroth und B. Meyer darlegten, der Kontrakt der Kommunal-Kasse nur Vortheil gewährt. Die Majorität glaubte im Interesse der freien Konkurrenz den Kontrakt ablehnen zu sollen. — Die Beschlußnahme über die Vorlage des Magistrats, betreffend den neuen Brücken-Tarif 2c, vertagt die Versammlung zu einer außerordentlichen Versammlung, welche morgen, Donnerstag d. 7. Nachmittags 5 Uhr, statthaben wird. — Der Magistrat theilt mit, daß 1) die Berechnung der Baukosten für die Zuschüttung, resp. Canalisirung der Bache angefertigt wird, — 2) die Verbesserung des Weges in der 2. Linie auf der Bromberger-Vorstadt der Bau-Deputation zur Berathung vorliegt, — 3) Die Erweiterung der Straße am Pauliner-Thurm wegen Verpachtnng desselben bis zum k. J. zurückgelegt ist, — 4) Die Angelegenheit wegen Neubau des Krankenhauses ehestens zur Berathung kommen wird und 5) die Angelegenheit wegen 2 Ventil-Druckständer für laufende Brunnen dem Stadtbaurath vorliegt. — Auf Antrag des Magistrats beschließt die Vers., Herrn Kfm. Angermann ein Stück Sandland auf der Kulmer-Vorstadt von 170 □ Ruthen für 157 Thlr. abzulassen. — Der Waisenhaus-Rechnung pro 1865 wird die Decharge ertheilt. — Die Vers. genehmigt nachträglich eine extraordinäre Ausgabe von 32 Thlr. 10 Sgr. für Straßenreinigung, welche durch den letzten starken Schneefall nothwendig geworden war. — In geheimer Sitzung wurden 3 persönliche Gesuche erledigt.

— **Zur Wahl für das Parlament.** Die überwiegende Mehrzahl — mindestens 5/6 — der deutschen Wahlberechtigten im Wahlbezirke Thorn-Culm haben sich auf den verschiedenen Wählerversammlungen für die Kandidatur des Herrn **Justizrath Dr. Meyer** in Thorn erklärt. Herr von Sänger-Grabowo hat mit Rücksicht auf diese Thatsache, wie unsere Leser aus dem Briefe desselben in Nr. 21 d. Bl. indirekt ersehen können, auf seine Kandidatur in unserem Wahlbezirke verzichtet. Die Minderzahl der Wahlberechtigten, die deutschen Konservativen und Altliberalen im Wahlbezirke Thorn-Culm, anstatt wie Herr v. Sänger den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und von ihrem Kandidaten Abstand zu nehmen, sowie sich der Majorität ihrer Mitbürger im Interesse des Deutschthums anzuschließen, haben Herrn v. Sänger nochmals bestimmt seine Kandidatur im

Wahlbezirke Thorn-Culm wieder aufzunehmen. — Was werden die Herren v. Schrötter, Sommer-Linda, v. Kries, Weinschenk ꝛc. und ihre Gesinnungsgenossen erreichen? So naiv sind diese Herren doch nicht zu glauben, daß die Majorität der deutschen Wähler nun — dazu ist es auch zu spät — auf Herrn v. Sänger übergehen und ihren bisherigen aus guten Gründen aufgestellten Kandidaten Herrn Justizrath Dr. Meyer verlassen werde. Nicht eine Einigung der deutschen Wähler werden sie herbeiführen, sondern möglicherweise eine Zersplitterung, die der polnischen Partei den Sieg verschaffen kann. Wahrhaftig die letzteren konnten keinen besseren Bundesgenossen finden, als die Altliberalen und die Konservativen, deren Mund ja stets überfließt von Versicherungen über ihren Patriotismus und ihr Interesse für das Deutschthum. Sie bewährten heute die Intensivität ihres Patriotismus und ihres Interesses für ihre Nationalität! —

Diejenigen unserer Gesinnungsgenossen, welche bei Feststellung des norddeutschen Bundes wollen, daß

1) die Einigung des ganzen Deutschland unter Führung Preußens angestrebt,

2) die Rechte des Volkes im vollen Umfange festgehalten,

3) das Recht der alljährlichen Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben unverkürzt erhalten und gesichert,

4) unser Wahlbezirk Thorn-Culm durch einen deutschen Abgeordneten vertreten wird, die wirken wollen und stimmen bei der bevorstehenden Wahl nur

für den Justizrath Dr. Meyer in Thorn.

— **Kirchliches.** Im Gursker Kirchspiel wurden i. J. 1866 1) Geboren: 90 Knaben, 91 Mädchen, in Summa 181 Kinder. Darunter waren unehelich: 5 Knaben, 4 Mädchen; 9, todtgeborene: 6 Knaben, 3 Mädchen und 1 Paar Zwillinge. — 2) eingesegnet wurden: 45 Knaben, 47 Mädchen, also 92 Kinder. 3) Getraut wurden 49 Paar. 4) Kommunikanten waren: 1045 männlichen und 1104 weiblichen Geschlechts, zusammen 2,149 Kommunikanten, darunter 11 Kranken-Kommunionen. 5) Gestorben sind: 121 Personen, folglich da 181 Geburten waren so sind 60 mehr geboren als gestorben.

— **Wissenschaftliche Vorlesungen.** Die erste derselben hielt am Mittwoch d. 6. d. der Gymnasial-Oberlehrer Herr Dr. L. Prowe. Zum Thema hatte er gewählt: **„Westpreußen in seiner Stellung zu Rußland und Polen."** In der Einleitung dankte Herr Dr. P. zunächst der zahlreichen Versammlung für die außerordentliche Theilnahme, welche das Unternehmen der Vorlesungen schon beim Abonnement gefunden hat. Auf das Thema näher eingehend skizzirte der Vortragende die Vorzeit unserer Provinz Preußen bis zur Gründung der Ordensherrschaft, dann schilderte er dieselbst und die Stellung des deutschen Ritterordens zum deutschen Reiche und schließlich die Ursachen des Verfalls des Ordensstaats und der Theilung des Ordenstandes in Ost- und Westpreußen, die staatsrechtliche Stellung der letzteren Landschaft zu Polen und die Entwickelung der politischen Verhältnisse ihrer Bewohner vom zweiten Thorner Frieden bis zum J. 1772. Wir geben heute nur diese kurze Inhaltsangabe der höchstinteressanten Vorlesung, da wir in Stand gesetzt sein werden, über dieselbe ausführlich zu berichten.

— **Lotterie.** Die Ziehung 2. Klasse der königl. preußischen 135. Klassen-Lotterie beginnt am 12. Februar cr. und sind die bezüglichen Loose bis zum 8. d. Mts. spätestens bei Verlust des Anrechts abzunehmen.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 7. Februar. Temp. Kälte — Grad. Luftdruck 27 Zoll 2 Strich. Wasserstand 9 Fuß 9 Zoll.
Warschau, den 6. Februar. Heutiger Wasserstand hier 10 Fuß 3 Zoll. Eisgang unbedeutend.
Warschau den 7. Februar. Heutiger Wasserstand 10 Fuß 1 Zoll. Eisgang jetzt aufgehört.

Briefkasten.

Das Eingesandt das „Tanzvergnügen am Sonnabend" betreffend eignet sich nicht zur Aufnahme. Die Einzahlung kann abgeholt werden.

Die Redaktion.

Inserate.

Kölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft
„COLONIA."

Die Gesellschaft versichert zu festen, mäßigen Prämien: Gebäude, Mobiliar, Waaren, Erndten in Scheunen und Schobern, Vieh 2c.

Die nachgenannten Herren Agenten sind zur Ertheilung jeder Auskunft gern bereit und bitte ich, sich in allen Versicherungs-Angelegenheiten an dieselben gefälligst wenden zu wollen.

Königsberg, den 26. Januar 1867.

Die Haupt-Agentur
Th. Berger.

Zum Abschluß von Versicherungen jeder Art bei der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Colonia" empfehlen sich:
Carl Mallon, Kaufmann in **Thorn**.
C. Reiske, Lehrer in **Culmsee**.
Kraschutzky, Kreisgerichts-Sekretair in **Culm**.



Lindern sofort alle catarrhalischen Hals- und Brustaffectionen als Verschleimung, Heiserkeit, Husten u. s. w. Die unter Mitwirkung berühmter ärztlicher Capacitäten wohlgelungene Vereinigung von Säften der zweckmäßigsten Kräuter und Wurzeln haben den **Stollwerck'schen Brust-Bonbons** einen Weltruf erworben. — Niederlagen befinden sich à 4 Sgr. per Paquet, in **Thorn** bei **L. Sichtau** und am Bahnhof bei **L. Wienskowski**; in Culm bei **E. Wernicke**; in Gniefkowo bei **S. Friedenthal**.

Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

Diese Anstalt hat sich im Jahre 1866 einer abermaligen beträchtlichen Erweiterung ihrer Geschäfte zu erfreuen gehabt. Durch einen reichlichen Zugang von neuen Versicherungen (2175 Personen mit 4,813,100 Thlr.), welcher nächst dem Jahre 1865 grösser war als in irgend einer der früheren Perioden, ist

die Zahl der Versicherten auf	29,560 Pers.,
die Versicherungssumme auf	53,000,000 Thlr.,
der Bankfond auf	13,950,000 Thlr.,

gestiegen.

Eine Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von nahe an 2,500,000 Thlr. gestattete die Zahlung von 1,310,000 Thlr. für 782 gestorbene Versicherte und läßt, nach gehöriger Ausstattung der Reserve, noch einen bedeutenden reinen Ueberschuß mit Aussicht auf abermalige gute Dividende für die Versicherten übrig.

In diesem und den nächsten vier Jahren werden über

Zwei und eine halbe Million Thaler

vorhandener reiner Ueberschüsse an die Versicherten vertheilt, was für die Jahre 1867 und 1868 eine Dividende von je 36 Prozent und für 1869 eine solche von 39 Prozent ergiebt.

Auf diese Ergebnisse verweisend, ladet zur Versicherung ein

Herm. Adolph, Agent.

Nächste Gewinnziehung am 1. März 1867.

Hauptgewinn fl. 250,000 **Größte** 5. Ziehungen im Jahre 1867.

Gewinn-Aussichten.
Nur 6 Thlr.

kostet ein halbes Prämienloos, 12 Thaler ein ganzes Prämienloos, ohne jede weitere Zahlung auf sämmtliche 5 Gewinnziehungen des Jahres 1867 gültig, womit man 5mal Preise von fl. 250,000, 220,000, 200,000, 50,000, 25,000, 15,000 2c. 2c. gewinnen kann.

Da diese Loose stets sehr begehrt sind, so ersucht man Bestellungen unter Beifügung des Betrags oder Posteinzahlung oder gegen Nachnahme **baldigst** und nur allein direct zu senden an das Bankgeschäft von

Anton Bing in Frankfurt a. M.

Die amtliche Gewinnliste erhält Jedermann unentgeltlich zugesandt.

Im Interesse aller Eltern.

Mein Sohn, jetzt 9 Jahre alt, litt seit 6 Jahren an einem hartnäckigen Husten mit Auswurf, war fortdauernd verschleimt, und je mehr wir von den uns angerathenen Mitteln brauchten, desto schlimmer wurde sein Zustand. Es war für uns Eltern ein recht betrübendes Ereigniß zu nennen, denn mit jedem Tage hatten wir neue Hoffnung auf Besserung, die aber sich leider nicht einstellen wollte. Es sind jetzt 6 Wochen her, wo mein Kind sich von neuem legte, und wo das alte Uebel mit noch größerer Heftigkeit als je auftrat. Eben zu dieser Zeit las ich in den Zeitungen von dem neu erfundenen R. F. Daubitz'schen Brust-Gelée, der besonders gegen Husten ein vortreffliches Mittel sein sollte. — Wenn man alle nur denkbaren Mittel angewendet hat, die keine Hilfe boten, so versucht man immer noch wieder etwas Neues. Dies that ich denn, holte eine Flasche von dem R. F. Daubitz'schen Brust-Gelée und gab meinem Kinde nach Bedürfniß davon. — **Die Erfolge waren glänzend. Beim Verbrauch der zweiten Flasche ist der Husten so milde geworden, daß mein Kind täglich vielleicht nur 1—2mal hustet, auch haben sich der Auswurf und die Verschleimung in dem Maße gemindert, daß alle Besorgnisse für die Wiederkehr dieses lästigen Uebels bei unserm Kinde gänzlich geschwunden sind.**

Mit Freuden veröffentliche ich daher vorstehende Zeilen! — Zum Ruhm für den Erfinder! — Zum Segen der Menschheit!

Berlin, den 10. Januar 1867.

C. Moewes,
Rüdersdorferstr. 5.

R. F. Daubitz'sches Brust-Gelée
allein nur fabricirt von dem
Apotheker R. F. Daubitz in Berlin
„Daubitz"

sowie
empfiehlt à Fl. 10 Sgr. die alleinige Niederlage von **R. Werner**, in **Thorn**.

Freitag den 8. Februar Abends 8 Uhr Wähler-Versammlung im Saale des Herrn **Hildebrandt**, wozu alle deutschgesinnten Wähler eingeladen werden.

Das deutsche Wahl-Comitee.

Beste Pfundhefen

stets frisch bei **B. Wegner & Co.**

Zum Klavierstimmen empfiehlt sich Liebig.

Eine neue Sendung von
Engl. Thee-Biscuits
empfiehlt **J. G. Adolph.**

Am 15. Februar d. J.
findet die Ziehung des von der Regierung gegründeten und garantirten
Neuen Staats-Prämien-Anlehens
statt, welches in seiner Gesammtheit 300,000 Gewinne enthält, worunter sich solche von 3 mal 60,000, 5 mal 50,000, 3 mal 45,000, 10 mal 40,000, 9 mal 35,000, 4 mal 32,000, 10 mal 30,000, 3 mal 25,000, 16 mal 20,000, 5 mal 18,000, 3 mal 16,000, 9 mal 15,000, 10,000, 6,000, 5,000, Frcs u. s. w. befinden.

1 Loos für eine Ziehung mit Serie- und Gewinnummer kostet 20 Sgr., 4 Loose 2 Thlr., 9 Loose 5 Thlr. und 20 Loose 10 Thlr. — Ein Loos für alle Ziehungen gültig, welches einen Treffer erhalten muß, kostet 5 Thlr.

Der Preis der Loose ist so billig als möglich gestellt, damit sich Jedermann an der erwähnten Ziehung betheiligen kann.

Gefl. Bestellungen werden gegen Einsendung des Betrages oder Postnachnahme prompt ausgeführt. Pläne und Gewinnlisten werden den Theilnehmern franco und unentgeldlich übersandt.

Briefmarken und Coupons werden in Zahlung genommen.

Heinrich Bach,
Eiserne Hand 14, in **Frankfurt a. M.**

Königl. Preuß.
Landes-Lotterieloose

zur bevorstehenden Ziehung den 12. **Februar**
1/1 für 36⅔ Thlr. 1/2 18⅓ Thlr. 1/4 9⅙ Thlr. 1/8 4⅔ Thlr.
1/16 2⅓ Thlr. 1/32 1⅙ Thlr. 1/64 20 Sgr.
verkauft und versendet, **alles auf gedruckten Antheilscheinen**, gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages
die Staats-Effecten-Handlung von
M. Meyer, Stettin.

Gute Saat-Lupinen, blaue und gelbe, verkauft Bielawy.

Ein Lehrling
für meine Liqueur- und Rum-Fabrik findet sofort eine Stelle. **Adolph J. Schmul.**



In Chelmonie bei Schönsee wird zum 1. April cr. ein **Gärtner** gesucht.

2 Familienwohnungen jede zu 3 Zimmern nebst Zubehör und einem Pferdestall sind Neust. Markt 231 v. 1. April zu vermiethen.

Eine kl. part. Wohnung zu verm. Neust. Nr. 18.

Ein Laden in der Schülerstraße und eine große Stube ist zu vermiethen.
J. Schlesinger.

Ein möblirtes Zimmer ist mit Beköstigung zu haben. Gerstenstraße Nr. 96.

Butterstr. 144 zu vermiethen: die beiden Läden mit Wohnungen und Kellerräumen.
Uebrick.

Ein Laden nebst Wohnung zu vermiethen Brückenstraße Nr. 7.
W. Danziger.

Stadttheater in Thorn.

Freitag, den 8. Februar. Letztes Gastspiel und Benefiz der Hofschauspielerin Frau **Bethge-Truhn** vom Großherzoglichen Hoftheater zu Schwerin. **„Ein Wintermärchen."** Schauspiel in 4 Aufzügen von Shakespeare. Für die deutsche Bühne neu übersetzt und bearbeitet von Franz Dingelstedt. Musik von Fr. v. Flotow.

Die Direktion.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck**. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck**.